

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Ich spreche nicht für die CDU-Fraktion als Ganzes, sondern für mich selbst als neues Ratsmitglied. Allerdings weiß ich, dass ich mit meiner Meinung unter den neuen Mitgliedern meiner Fraktion nicht alleine stehe.

Ich werde gegen diesen Antrag stimmen.

Denn es gibt keinen Grund, warum die Stadt Langenhagen durch einen derartigen Vertrag für mehr als sieben Jahre auf das Recht verzichten sollte, betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen.

Der Kündigungsschutz ist für die Angestellten der Stadt dank Kündigungsschutzgesetz und Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes schon sehr weit gehend. Wer über 40 ist und mehr als 15 Jahre dabei, ist ohnehin unkündbar. Ansonsten ist eine betriebsbedingte Kündigung das letzte Mittel, das erst dann eingreift, wenn alle Auswahlmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Die rechtlichen Hürden sind also äußerst hoch.

Die Verwaltung kennt ohnehin keine betriebsbedingten Kündigungen seit vielen Jahren.

Ich meine: Wir brauchen für die Stadtverwaltung nicht noch mehr Rechtsschutz auf Kosten des Steuerzahlers.

Wird ein Arbeitsplatz tatsächlich in den nächsten sieben Jahren überflüssig, und gibt es auch keinerlei Umsetzungsmöglichkeit für den betroffenen Arbeitnehmer, so muss der Arbeitsplatz auch frei gemacht werden können.

Herr Fischer: ich halte es für einen Fehler, wenn Sie sich diese Möglichkeit für gesamte Amtszeit nehmen. Wer weiß schon, wie die Dinge sich entwickeln

Nicht unerwähnt bleiben soll aber auch folgendes:

Diese Drucksache hat eine Geschichte. Der Rat hat sich im Mai 2006 mehrheitlich darauf verständigt, die Verwaltung eine Kündigungsschutzvereinbarung entwerfen zu lassen, die bis 2010 gegolten hätte. Aber 2010 ist nicht 2014 und ich nehme mir als neues Ratsmitglied das Recht, meine eigene Meinung zu haben und die Vorlage abzulehnen.

Der Antrag hat aber auch eine zweite Geschichte:

Erst wir, die CDU, haben dafür gesorgt, dass diese Kündigungsschutzvereinbarung bis 2014 überhaupt öffentlich behandelt wird.

Und die Mehrheitsfraktionen haben erst im Fachausschuss die Laufzeit von ursprünglich 2012 auf 2014 erweitert, wie Sie Ihren Sitzungsunterlagen entnehmen können.

Nach allem scheint es, als habe man an der Öffentlichkeit vorbei den ursprünglichen Ratsbeschluss weit überschreiten wollen. Das müssen die Mehrheitsfraktionen erst einmal erklären. Und die Grünen müssen vor allem erklären, warum sie damals gegen einen Kündigungsschutz bis 2010 waren, aber jetzt für einen Kündigungsschutz bis 2014 sind.

Aber gleichgültig, wie diese Erklärungen lauten mögen:

Die Stadt hat sicher nicht die Aufgabe, auf Kosten des Steuerzahlers Vorreiter beim Kündigungsschutz zu sein. Darum sage ich Nein zu diesem Antrag.

Vielen Dank!